

Bundesgesetzblatt

757

Teil II

Z 1998 AX

1979	Ausgegeben zu Bonn am 18. Juli 1979	Nr. 30
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
12. 7. 79	Gesetz zu den Verträgen vom 17. November 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Steinstadt und Ottmarsheim sowie über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Weil am Rhein und Hüningen <small>neu: 611-10-13</small>	757
31. 5. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ruanda über Finanzielle Zusammenarbeit	775
8. 6. 79	Bekanntmachung des Rahmenabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit	777
21. 6. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	779
21. 6. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	780
21. 6. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Protokolle über Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	782
22. 6. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 23. März 1973 zur weiteren Verlängerung des Internationalen Olivenöl-Übereinkommens von 1963 mit Änderungen des Übereinkommens	783
25. 6. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und der Vereinbarung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt auf der Strecke Kleve-Arnheim	785
26. 6. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins	786
2. 7. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife	787

*Dieser Ausgabe ist für alle Abonnenten
die Zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 1979 beigelegt.*

Gesetz zu den Verträgen vom 17. November 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Steinstadt und Ottmarsheim sowie über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Weil am Rhein und Hüningen

Vom 12. Juli 1979

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden in Paris am 17. November 1977 unterzeichneten Verträgen wird zugestimmt:

1. Dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über

den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Steinstadt und Ottmarsheim;

2. dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Weil am Rhein und Hüningen.

Die Verträge werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts auf die in dem jeweiligen Artikel 9 Abs. 1 der Verträge bezeichneten Umsätze sind die als deutsches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als Inland, die als französisches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als Ausland anzusehen.

(2) Für die Anwendung des deutschen Verbrauchsteuer- und Monopolrechts auf die in dem jeweiligen Artikel 9 Abs. 1 der Verträge bezeichneten Warenbewegungen sind die als deutsches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als zum Erhebungs- oder Monopolgebiet gehörend, die als französisches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als außerhalb des Erhebungs- oder Monopolgebiets befindlich anzusehen.

(3) Die in dem jeweiligen Artikel 9 der Verträge einschließlich der jeweiligen Anlage I vorgesehenen Steuer- und Zollbestimmungen sind mit Wirkung vom 1. Januar 1977 anzuwenden.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Verträge nach ihrem jeweiligen Artikel 13 Abs. 2 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 12. Juli 1979

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister für Verkehr
K. Gscheidle

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein
zwischen Steinensstadt und Ottmarsheim

Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
relatif à la construction d'un pont autoroutier sur le Rhin
entre Steinensstadt et Ottmarsheim

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
und
der Präsident der Französischen Republik —

in dem Wunsch, die Straßenverbindungen zwischen
den beiden Staaten zu verbessern,

in Anbetracht des Abkommens vom 30. Januar 1953
über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an
der deutsch-französischen Grenze —

sind übereingekommen, einen Vertrag zu schließen,
und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
Dr. Axel Herbst,
Botschafter,

der Präsident der Französischen Republik:
Jean Marie Soutou,
Ambassadeur de France,

diese sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger
Form befundenen Vollmachten

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Vertragsgegenstand

Zwischen Steinensstadt und Ottmarsheim wird eine
Brücke über den Rhein auf deutschem und französischem
Hoheitsgebiet zur Verbindung der Autobahn A 5 Ham-
burg - Frankfurt - Basel mit der Autobahn A 36 Beaune -
Mulhouse/Rhin gebaut.

Artikel 2

Beschreibung des Bauwerks

Das Bauwerk bei Strom-km 194,3 (französische Kilo-
metrierung) wird für einen Hochwasserabfluß von
6 000 m³/s gebaut. Es hat mit drei Brückenfeldern eine
Gesamtlänge von ca. 250 m und umfaßt zwei Fahrbahnen
mit je 13,50 m Breite.

Artikel 3

Bauausführung

(1) Die Französische Republik übernimmt die Ausfüh-
rung des Bauwerks.

Le Président de la République fédérale d'Allemagne
et
le Président de la République française,

Désireux d'améliorer les liaisons routières entre les
deux Etats,

Vu l'Accord du 30 janvier 1953 relatif aux ponts fixes
et aux bacs franchissant le Rhin à la frontière franco-
allemande,

Sont convenus de conclure un accord et ont désigné
à cet effet comme plénipotentiaires:

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:
M. Axel Herbst,
Ambassadeur de la République fédérale
d'Allemagne à Paris,

Le Président de la République française:
M. Jean Marie Soutou,
Ambassadeur de France,
Secrétaire Général du Ministère
des Affaires Etrangères,

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs
reconnus en bonne et due forme,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

Objet de l'Accord

Un pont sera construit sur le Rhin entre Steinensstadt
et Ottmarsheim sur les territoires allemand et français,
aux fins de relier l'autoroute fédérale A 5 Hamburg -
Francfort - Bâle à l'autoroute A 36 Beaune - Mulhouse/
Rhin.

Article 2

Description de l'ouvrage

L'ouvrage, situé au point kilométrique 194,3 du Rhin
suivant le kilométrage français, sera construit pour un
débit de crue de 6 000 m³/seconde. Comprenant trois
travées, il aura une longueur totale de 250 mètres en-
viron et supportera deux chaussées de 13,50 m de lar-
geur chacune.

Article 3

Exécution des travaux

1) La République française réalisera l'ouvrage.

(2) Die Bauausführung umfaßt alle für die Erstellung des Bauwerks notwendigen Arbeiten einschließlich der Arbeiten an den Widerlagern und den Übergangsplatten und der Ausstattung mit Ausnahme des deutschen Streckentelefonnetzes und der Betriebsumfahrt auf dem rechten Rheinufer. Die Französische Republik übernimmt die Planung, die Ausschreibung, die Vertragsvergabe und die Bauüberwachung. Sie handelt gegenüber den Unternehmern und sonstigen Vertragspartnern im eigenen Namen. Das Bauwerk wird nach den geltenden französischen Normen und Vorschriften berechnet und errichtet.

(3) Die Ausschreibung erfolgt gemäß den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft vom 26. Juli 1971.

(4) Jedem Vertragsstaat obliegt die Erstellung der an die Brücke anschließenden Bauwerke und Straßen auf seinem Hoheitsgebiet entsprechend dem Fortschreiten der Bauarbeiten.

Artikel 4

Kostenverteilung

(1) Jeder Vertragsstaat trägt zur Hälfte die Kosten für die Planung, die Bauausführung und die Überwachung der in Artikel 3 vorgesehenen Arbeiten sowie die Unterhaltungskosten für den in Artikel 7 erwähnten Zeitraum von zehn Jahren.

(2) Bei der Aufteilung der in Absatz 1 bezeichneten Kosten ist auch die französische Mehrwertsteuer zu berücksichtigen. Sie ist von den beiden Vertragsstaaten in demselben Verhältnis wie die gesamten Kosten des Bauwerks zu tragen. Die Französische Republik zahlt der Bundesrepublik Deutschland zu den in Artikel 6 bezeichneten Bedingungen einen Ausgleichsbetrag in Höhe der von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Kosten nach Absatz 1 getragenen französischen Mehrwertsteuer.

Artikel 5

Bereitstellung des für das Bauwerk und die Bauarbeiten erforderlichen Geländes

Jeder Vertragsstaat hat auf seinem Hoheitsgebiet rechtzeitig dafür zu sorgen, daß das für den Bau der Brücke dauernd oder zeitweilig erforderliche Gelände zur Verfügung steht, und trägt die dabei anfallenden Kosten.

Artikel 6

Zahlung

(1) Die Französische Republik übernimmt die Vorfinanzierung. Entsprechend dem Ablauf der Bauarbeiten stellt sie für die deutsche Verwaltung Abrechnungen über die von ihr getätigten und gemäß Artikel 4 zu Lasten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gehenden Ausgaben auf. Die Zahlungen sollen grundsätzlich innerhalb von drei Monaten nach Erhalt der Abrechnungen erfolgen.

(2) Die Französische Republik zahlt der Bundesrepublik Deutschland den Ausgleichsbetrag gemäß Artikel 4 Absatz 2 nach den folgenden Bedingungen:

- a) innerhalb von drei Monaten nach der Abnahme des Bauwerks gemäß Artikel 7 für die französische Mehrwertsteuer, die bis zu diesem Zeitpunkt von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Kosten nach Artikel 4 Absatz 1 gezahlt worden ist;
- b) innerhalb von höchstens sechs Monaten zu den von der Gemischten Kommission nach Artikel 10 gebilligten Bedingungen für die französische Mehrwertsteuer,

2) Les travaux relatifs à l'ouvrage comprennent toutes les opérations nécessaires à sa réalisation, y compris les culées, les dalles de transition et le équipements, à l'exception du réseau d'appel téléphonique allemand et des boucles de service situées sur la rive droite du Rhin. La République française se chargera des études, de l'appel d'offres, de l'adjudication et de la surveillance des travaux. Elle agira en son nom propre à l'égard des entrepreneurs et des autres partenaires contractuels. L'ouvrage sera calculé et construit selon les normes et règlements français en vigueur.

3) L'appel d'offres sera lancé conformément aux directives de la Communauté européenne en date du 26 juillet 1971.

4) Il incombera à chacun des Etats contractants de construire les ouvrages et les voies donnant accès au pont sur son propre territoire, au fur et à mesure de la progression des travaux.

Article 4

Répartition des frais

1) Chacun des Etats contractants supportera pour moitié les frais d'études, de construction de l'ouvrage et de surveillance des travaux prévus à l'article 3, ainsi que les frais d'entretien pour la période de dix ans mentionnée à l'article 7.

2) Lors de la répartition des frais mentionnés au paragraphe 1 du présent article, il conviendra de tenir compte également de la taxe à la valeur ajoutée française. Celle-ci sera supportée par les deux Etats contractants dans la même proportion que la totalité des frais afférents à l'ouvrage. La République française versera à la République fédérale d'Allemagne, selon les modalités prévues à l'article 6, une indemnité compensatoire égale au montant de la taxe à la valeur ajoutée française supportée par la République fédérale d'Allemagne au titre des frais visés au paragraphe 1 du présent article.

Article 5

Libération des emprises de l'ouvrage et des terrains nécessaires aux travaux

Chacun des Etats contractants veillera en temps voulu, sur son propre territoire, à ce que les terrains nécessaires à la construction du pont à titre temporaire ou définitif soient mis à sa disposition et supportera les frais correspondants.

Article 6

Règlement des frais

1) La République française assurera le préfinancement. Au fur et à mesure du déroulement des travaux, elle établira pour l'Administration allemande des décomptes relatifs aux frais engagés par elle qui, conformément à l'article 4, sont à la charge de la République fédérale d'Allemagne. Le règlement de ces frais devra intervenir, en principe, dans un délai n'excédant pas trois mois à compter de la réception des décomptes.

2) La République française versera à la République fédérale d'Allemagne l'indemnité compensatoire visée à l'article 4, paragraphe 2, selon les modalités suivantes:

- a) dans un délai de trois mois à compter de la réception de l'ouvrage visée à l'article 7, pour la taxe à la valeur ajoutée française qui aura été versée à cette date par la République fédérale d'Allemagne dans le cadre des frais visés à l'article 4, paragraphe 1^{er};
- b) dans un délai maximum de six mois, dans les conditions approuvées par la Commission mixte visée à l'article 10, pour la taxe à la valeur ajoutée française

die von der Bundesrepublik Deutschland nach der Abnahme des Bauwerks gezahlt worden ist.

(3) Alle Zahlungen erfolgen in französischer Währung.

Artikel 7

Abnahme und Unterhaltung

(1) Nach Abschluß der Bauarbeiten wird das Bauwerk von den Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten in Anwesenheit der Unternehmer abgenommen.

(2) Die Französische Republik übernimmt die Unterhaltung des Bauwerks einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung für einen Zeitraum von zehn Jahren nach der Abnahme.

(3) Nach Ablauf dieser Frist wird der Teil des Bauwerks auf deutschem Hoheitsgebiet der deutschen Verwaltung übergeben. Jeder Vertragsstaat übernimmt dann die Unterhaltung auf seinem Hoheitsgebiet und stimmt die notwendigen Arbeiten mit dem anderen Vertragsstaat ab. Die zuständigen Verwaltungen können vereinbaren, daß eine von ihnen die Aufgabe des Winterdienstes, der laufenden Reinigung sowie einzelne Unterhaltungsarbeiten gegen Kostenerstattung übernimmt.

Artikel 8

Betretungsrecht

(1) Die Bediensteten jedes Vertragsstaats sowie die anderen mit dem Bau und der Unterhaltung einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung beschäftigten Personen können zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Grenze überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle oder der Brücke aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates liegt, ohne daß sie einer nach dem Recht dieses Staates etwa erforderlichen Aufenthaltserlaubnis bedürfen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Bediensteten der Vertragsstaaten müssen einen Dienstausweis, die anderen genannten Personen einen mit Lichtbild versehenen amtlichen Ausweis mit sich führen.

(3) Die Vertragsstaaten werden Personen, die unter Verletzung dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Staates gelangt sind, jederzeit nach den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen formlos zurückübernehmen.

Artikel 9

Steuer- und Zollbestimmungen

(1) Während der gesamten Dauer der Bauarbeiten und bis zum Ablauf des in Artikel 7 genannten Zeitraums von zehn Jahren gelten zollrechtlich sowie hinsichtlich der indirekten Steuern einschließlich der Eingangsabgaben und hinsichtlich des Ein- und Ausfuhrrechts die Baustelle und das Bauwerk als französisches Hoheitsgebiet, soweit es sich um Warenlieferungen, sonstige Leistungen und Einfuhren handelt, die für den Brückenbau sowie dessen Unterhaltung bestimmt sind.

(2) Die Französische Republik bewilligt frei von Eingangsabgaben die vorübergehende Einfuhr von Geräten, Werkzeugen und deren Ersatzteilen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen oder sich in deren Hoheitsgebiet im freien Verkehr befinden, soweit diese für den Bau und während des Zeitraums von zehn Jahren für die Unterhaltung der Brücke notwendig sind.

(3) Während der Bauarbeiten und bis zum Ablauf des in Artikel 7 genannten Zeitraums von zehn Jahren finden

qui aura été versée par la République fédérale d'Allemagne après la réception de l'ouvrage.

3) Tous les règlements seront effectués en monnaie française.

Article 7

Réception et entretien

1) Après l'achèvement des travaux, les Administrations des deux Etats contractants procéderont à la réception de l'ouvrage en présence des entrepreneurs.

2) La République française se chargera de l'entretien de l'ouvrage et notamment du service d'hiver et du nettoyage courant pendant une période de dix ans à compter de la réception.

3) A l'expiration de ce délai, la partie de l'ouvrage située en territoire allemand sera remise à l'Administration allemande. Chacun des Etats contractants assumera ensuite l'entretien sur son propre territoire et déterminera, en accord avec l'autre Etat contractant, quels sont les travaux nécessaires. Les Administrations compétentes pourront convenir que l'une d'entre elles se chargera, moyennant le remboursement des frais correspondants, d'assurer le service d'hiver, le nettoyage courant, ainsi que différents travaux d'entretien.

Article 8

Droit d'accès

1) Les agents de chacun des Etats contractants, ainsi que les autres personnes employées à la construction et à l'entretien de l'ouvrage, y compris le service d'hiver et le nettoyage courant pourront, pour l'exécution de leurs tâches, franchir la frontière et séjourner sur la partie du chantier ou du pont située sur le territoire de l'autre Etat, sans être tenus d'obtenir le permis de séjour éventuellement requis aux termes de la législation de cet Etat.

2) Les agents des Etats contractants mentionnés au paragraphe 1^{er} devront être porteurs d'un laissez-passer de service. Les autres personnes visées audit paragraphe devront être munies d'une pièce d'identité pourvue d'une photographie.

3) Aux termes des Conventions qu'ils ont conclues, les Etats contractants reprendront en charge sans formalité, à tout moment, les personnes qui auront pénétré sur le territoire de l'autre Etat en violation du présent Accord.

Article 9

Dispositions fiscales et douanières

1) Pendant toute la durée des travaux et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans prévue à l'article 7, le chantier et l'ouvrage seront considérés, du point de vue du régime douanier, des impôts indirects, notamment pour ce qui est des droits et taxes à l'importation, et de la réglementation du commerce extérieur, comme territoire français, dans la mesure où il s'agira de fournitures de marchandises, de prestations diverses et de produits importés destinés à l'exécution et à l'entretien de l'ouvrage.

2) La République française admettra temporairement en suspension de taxes à l'importation les matériels, outillages et leurs pièces de rechange originaires de la République fédérale d'Allemagne ou qui s'y trouvent en libre pratique, nécessaires à l'exécution et, pendant la période de dix ans, à l'entretien de l'ouvrage.

3) Le régime fiscal en matière d'impôts directs applicable aux entreprises et à leurs personnels pendant la

für die direkte Besteuerung der Unternehmen und deren Beschäftigten die in Anlage I zu diesem Vertrag festgelegten Regelungen Anwendung. Die Anlage ist Bestandteil dieses Vertrags.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden verständigen sich und leisten einander jede notwendige Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Regelungen der Absätze 1 bis 3. Die französischen Beamten dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle und dem Bauwerk aufzuhalten und dort die Maßnahmen zu treffen, die in den französischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Die französischen Behörden sind jedoch nicht berechtigt, Angehörige des anderen Staates in dessen Hoheitsgebiet festzunehmen.

Artikel 10

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine gemischte deutsch-französische Kommission gebildet. Den Vorsitz in der Kommission führen die Delegationsleiter abwechselnd für jeweils sechs Monate. Die Beschlüsse der Kommission werden im gegenseitigen Einvernehmen gefaßt.

(2) Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- a) Festlegung des Standorts, der Maße und der Merkmale der Brücke;
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten;
- c) Prüfung des Entwurfs und des Vergabevorschlags;
- d) Billigung der Abschlagszahlungen und Zahlungsmodalitäten;
- e) Abnahme des Bauwerks;
- f) Billigung der Modalitäten der Zahlung des Ausgleichsbetrags nach Artikel 6;
- g) Feststellung des Kostenteilungsbetrags nach Maßgabe des Artikels 4;
- h) Festlegung der Bedingungen für die in Artikel 7 vorgesehene Übergabe nach Ablauf des Zeitraums von zehn Jahren;
- i) Koordinierung der Unterhaltungsmaßnahmen;
- j) Prüfung der technischen Änderungen, die sich als notwendig erweisen;
- k) Prüfung der verschiedenen Fragen, die sich aus der Anwendung dieses Vertrags ergeben.

(3) Jede Delegation kann sich von den zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

Artikel 11

Meinungsverschiedenheiten

Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht auf dem Verhandlungsweg zwischen den beiden Vertragsstaaten beigelegt werden konnte, wird auf Antrag eines der Vertragsstaaten dem Schiedsgerichtsverfahren nach den in der Anlage II zu diesem Vertrag festgelegten Bedingungen unterworfen; die Anlage II ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 12

Berlin-Klausel

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

durée des travaux et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans prévue à l'article 7 est défini à l'annexe I au présent Accord. Cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

4) Les services fiscaux et douaniers compétents s'informeront réciproquement et s'apporteront mutuellement toute l'aide nécessaire pour l'application de leurs lois et règlements dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article. Les agents français de ces services sont habilités à stationner sur le chantier et sur l'ouvrage et à y prendre les mesures prévues par les lois et règlements français. Les services français ne sont toutefois pas habilités à appréhender des ressortissants de l'autre Etat sur le territoire de ce dernier.

Article 10

Commission mixte

1) Il est constitué une Commission mixte franco-allemande. La présidence de la Commission sera assurée alternativement par les chefs de délégation pour une période de six mois chacun. Les décisions de la Commission seront arrêtées d'un commun accord.

2) La Commission est chargée des tâches suivantes:

- a) fixer l'emplacement, les dimensions et les caractéristiques du pont;
- b) fixer le volume des travaux communs;
- c) examiner le projet et la proposition d'adjudication;
- d) approuver les acomptes à verser et les modalités de règlement;
- e) procéder à la réception de l'ouvrage;
- f) approuver les modalités de versement de l'indemnité compensatoire visée à l'article 6;
- g) fixer le montant des frais à répartir conformément aux dispositions de l'article 4;
- h) fixer les conditions du transfert prévu à l'article 7 qui aura lieu à l'expiration de la période de dix ans;
- i) coordonner les mesures d'entretien;
- j) étudier les modifications techniques qui s'avèreraient nécessaires;
- k) examiner les différentes questions soulevées par l'application du présent Accord.

3) Chaque délégation pourra se faire présenter par les autorités compétentes de l'autre Etat contractant les documents qu'elle estime nécessaires en vue de préparer les décisions de la Commission.

Article 11

Différends

Tout différend qui n'aurait pu être réglé par voie de négociations entre les deux Etats contractants sera soumis à un arbitrage à la demande de l'un des Etats contractants, conformément à la procédure arrêtée à l'annexe II; cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

Article 12

Clause de Berlin

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République française dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Artikel 13
Inkrafttreten

(1) Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Paris ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.

GESCHEHEN zu Paris am 17. November 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 13
Entrée en vigueur

1) Les instruments de ratification seront échangés aussi tôt que possible à Paris.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra l'échange des instruments de ratification.

En foi de quoi les plénipotentiaires, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Accord.

FAIT à Paris le 17 novembre 1977 en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Axel Herbst

Für die Französische Republik
Pour la République française
Jean Marie Soutou

Anlage I**Direkte Steuern**

1. Die für die direkte Besteuerung der in Frankreich oder in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Unternehmen und deren Beschäftigten maßgebliche steuerliche Regelung ist in dem Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (im folgenden als Doppelbesteuerungsabkommen bezeichnet) in der jeweils geltenden Fassung festgelegt.
2. Ergänzend zu den Bestimmungen des Doppelbesteuerungsabkommens finden während der Bauausführung und bis zum Ablauf des in Artikel 7 des Vertrags genannten Zeitraums von zehn Jahren die nachfolgenden Sonderbestimmungen Anwendung.
3. Die folgenden Bestimmungen gelten nicht für die Unternehmen, die zum Zweck der Erstellung oder Instandhaltung des Bauwerks eine Baustelle für einen Zeitraum unterhalten, der die in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 7 Buchstabe gg des Doppelbesteuerungsabkommens genannte Dauer von zwölf Monaten nicht überschreitet. Auf diese Unternehmen findet das Doppelbesteuerungsabkommen uneingeschränkt Anwendung.
4. Unterhalten die an der Erstellung und Instandhaltung des Bauwerks beteiligten Unternehmen für die gesamten damit zusammenhängenden Arbeiten eine Betriebsstätte im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Unterabsatz 7 des Doppelbesteuerungsabkommens, so wird diese Betriebsstätte so behandelt, als läge sie sowohl im Hoheitsgebiet Frankreichs als auch im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die dieser Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne gelten als jeweils zur Hälfte in beiden Staaten erzielt und können in beiden Staaten nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschriften im gleichen Verhältnis besteuert werden.
5. Wird eine Betriebsstätte auf Grund der Nummer 4 dieser Anlage so behandelt, als läge sie sowohl im französischen als auch im deutschen Hoheitsgebiet, so kann das Betriebsvermögen dieser Betriebsstätte jeweils zur Hälfte in beiden Staaten nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschriften besteuert werden.
6. Bei der Festsetzung der „Taxe professionnelle“ bzw. der „Gewerbsteuer“ darf jeder der beiden Staaten die den genannten Steuern normalerweise zugrundeliegenden Elemente jeweils nur mit der Hälfte des Wertes berücksichtigen. Bei der Festsetzung der auf der Grundlage der Lohnsumme zu erhebenden Steuern darf jeder der beiden Staaten den den genannten Steuern normalerweise zugrundeliegenden Betrag nur zur Hälfte berücksichtigen. Diese Bestimmung findet Anwendung
 - in der Bundesrepublik Deutschland auf
 - die Lohnsummensteuer (taxe sur les salaires payés);
 - in Frankreich auf
 - la taxe sur les salaires (Lohnsummensteuer),
 - la taxe d'apprentissage (Lehrlingsabgabe),
 - la participation des employeurs à la formation professionnelle continue (Arbeitgeberbeitrag zur beruflichen Fortbildung),
 - l'investissement obligatoire dans la construction (Zwangsinvestition im Wohnungsbau).
7. Für die Zwecke des Artikels 13 des Doppelbesteuerungsabkommens gilt die persönliche Tätigkeit, aus

Annexe I**Régime fiscal en matière d'impôts directs**

1. Le régime fiscal en matière d'impôts directs, applicable aux entreprises qui sont soit des résidents de la République fédérale d'Allemagne, soit des résidents de France, ainsi qu'à leurs personnels, est défini par les dispositions de la convention signée le 21 juillet 1959 entre les deux Etats en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contribution des patentes et de contributions foncières.
2. Toutefois, pendant les travaux de construction de l'ouvrage et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans mentionnée à l'Article 7 de l'Accord, les dispositions particulières suivantes sont également applicables nonobstant les dispositions de la Convention du 21 juillet 1959.
3. Les dispositions qui suivent ne s'appliquent pas aux entreprises qui, aux fins de la réalisation ou de l'entretien de l'ouvrage, ont un chantier dont la durée n'excède pas la durée de douze mois mentionnée à l'Article 2, paragraphe 1.7 (gg) de la Convention du 21 juillet 1959. Les dispositions de la Convention sont applicables sans restriction à ces entreprises.
4. Quand les entreprises participant à la réalisation ou à l'entretien de l'ouvrage ont, pour l'ensemble de leurs travaux de réalisation ou d'entretien dudit ouvrage, un établissement stable au sens de l'Article 2, paragraphe 1.7 de la Convention précitée, cet établissement stable est réputé situé à la fois sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et sur celui de la France. Les bénéfices attribuables à cet établissement stable sont réputés réalisés pour moitié dans chacun des deux Etats et sont imposables dans la même proportion dans chaque Etat et selon la législation de cet Etat.
5. Quand, par application de la disposition précédente, un établissement stable est réputé situé à la fois sur le territoire allemand et sur le territoire français, le capital d'exploitation de cet établissement stable est imposable pour moitié dans chaque Etat et selon la législation de cet Etat.
6. Chacun des Etats ne peut retenir, pour établir soit la Gewerbesteuer, soit la taxe professionnelle, que la moitié de la valeur des éléments entrant normalement dans la base desdits impôts. Chacun des Etats ne peut retenir, pour établir les taxes assises sur les salaires, que la moitié du montant des salaires entrant normalement dans la base desdits impôts. Cette disposition s'applique:
 - en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
 - à la Lohnsummensteuer (taxe sur les salaires).
 - en ce qui concerne la France:
 - à la taxe sur les salaires,
 - à la taxe d'apprentissage,
 - à la participation des employeurs à la formation professionnelle continue,
 - à l'investissement obligatoire dans la construction.
7. Pour l'application des dispositions de l'article 13 de la Convention du 21 juillet 1959, l'activité personnelle,

der die auf Grund einer nichtselbständigen Arbeit erzielten Einkünfte herrühren, als insgesamt im französischen Hoheitsgebiet ausgeübt.

Für die Zwecke des Artikels 13 Absatz 5 des Doppelbesteuerungsabkommens gilt die persönliche Tätigkeit, aus der die auf Grund einer nichtselbständigen Arbeit erzielten Einkünfte herrühren, als in dem in diesem Absatz genannten französischen „Grenzgebiet“ ausgeübt.

8. Die zuständigen Behörden der beiden Staaten regeln alle bei der Durchführung dieser Bestimmungen auftretenden Schwierigkeiten im beiderseitigen Einvernehmen. Sie entscheiden insbesondere im beiderseitigen Einvernehmen, ob die vorstehenden Bestimmungen ggf. auf die in einem dritten Staat ansässigen Unternehmen angewandt werden sollen. Unter zuständigen Behörden sind die in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 8 des Doppelbesteuerungsabkommens genannten Behörden zu verstehen.

Anlage II

Schiedsgerichtsverfahren

1. Sofern die Vertragsstaaten nichts anderes vereinbaren, wird das Schiedsgerichtsverfahren nach den Bestimmungen dieser Anlage durchgeführt.
2. Auf Grund eines Antrags, der von einem Vertragsstaat in Anwendung des Artikels 11 des Vertrags der anderen Vertragspartei zugeleitet wird, wird ein Schiedsgericht gebildet.
3. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen, wobei jede Partei einen Schiedsrichter benennt und die beiden so benannten Schiedsrichter sich auf einen dritten Schiedsrichter als Vorsitzenden einigen. Letzterer darf weder die deutsche oder französische Staatsangehörigkeit noch einen gewöhnlichen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines dieser Vertragsstaaten haben, sich in Diensten eines Vertragsstaats befinden oder sich mit dieser Angelegenheit in einem anderen Zusammenhang bereits befaßt haben.

Falls nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach der Bestellung des zweiten Schiedsrichters der Vorsitzende des Gerichts nicht benannt wurde, wird der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften auf Betreiben einer Partei diese Ernennung innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten vornehmen.

4. Falls innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang des Antrags eine der beiden Parteien der ihr obliegenden Ernennung eines Schiedsrichters nicht nachgekommen ist, kann die andere Partei den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften anrufen, der den Vorsitzenden innerhalb einer neuen Frist von zwei Monaten ernennt. Nach seiner Ernennung bittet der Vorsitzende des Schiedsgerichts die Partei, die keinen Schiedsrichter benannt hat, dieser Forderung innerhalb einer Frist von zwei Monaten nachzukommen. Nach Ablauf dieser Frist ruft er den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften an, der dann die Ernennung innerhalb einer neuen Frist von zwei Monaten vornimmt.
5. Falls in den Fällen der Nummern 3 und 4 der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften verhindert ist oder er die Staatsangehörigkeit einer Partei besitzt, obliegt die Ernennung des Vorsitzenden des Schiedsgerichts oder die Ernennung des Schiedsrichters dem dienstältesten Kammerpräsidenten des

source des revenus provenant d'un travail dépendant, sera réputée exercée en totalité sur le territoire allemand.

Pour l'application des dispositions du paragraphe 5 de l'article 13 précité, l'activité professionnelle, source des revenus provenant d'un travail dépendant, sera réputée exercée dans la «zone frontalière» française mentionnée audit paragraphe 5.

8. Les autorités compétentes des deux Etats se concerteront pour régler en commun, le cas échéant, toutes les difficultés d'application des dispositions qui précèdent. Elles décideront notamment d'un commun accord s'il y a lieu éventuellement d'appliquer les dispositions qui précèdent aux entreprises résidents d'un Etat tiers. On entend par autorités compétentes les autorités mentionnées à l'article 2 — 1.8 de la Convention du 21 juillet 1959.

Annexe II

Arbitrage

1. A moins que les Etats contractants n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est exécutée conformément aux dispositions de la présente annexe.
2. Sur requête adressée par l'un des Etats contractants à l'autre Etat contractant, en application de l'article 11 du présent Accord, il est constitué un tribunal arbitral.
3. Le tribunal arbitral est composé de trois membres — chacune des Parties au différend nomme un arbitre, les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le tiers arbitre qui assume la présidence du tribunal. Ce dernier ne doit être ni de nationalité allemande, ni de nationalité française, ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'un des Etats contractants, ni se trouver au service de l'un d'eux, ni s'être déjà occupé de l'affaire à un autre titre.

Si, au terme d'un délai de deux mois à compter de la désignation du deuxième arbitre, le Président du tribunal n'a pas été désigné, le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes procède, à la requête de l'une des Parties, dans un nouveau délai de deux mois, à cette désignation.

4. Si, dans un délai de deux mois après la réception de la requête, l'une des Parties au différend n'a pas procédé à la désignation qui lui incombe d'un membre du tribunal, l'autre Partie peut saisir le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes qui désigne le Président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation, le Président du tribunal arbitral demande à la Partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Passé ce délai, il saisit le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes qui procède à la nomination dans un nouveau délai de deux mois.
5. Si, dans les cas visés aux paragraphes 3 et 4, le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes se trouve empêché ou s'il possède la nationalité de l'une des Parties, la désignation du Président du tribunal arbitral ou la nomination de l'arbitre incombe au président de chambre de la Cour le plus

Gerichtshofs, der nicht verhindert ist und nicht die deutsche oder französische Staatsangehörigkeit besitzt.

6. Die vorangehenden Bestimmungen gelten von Fall zu Fall auch für die Neubesetzung offener Stellen.
7. Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach den Bestimmungen dieses Vertrags.
8. Das Schiedsgericht entscheidet sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen mit Stimmenmehrheit seiner Mitglieder; die Abwesenheit oder die Stimmenthaltung eines Mitglieds, dessen Ernennung einer der Parteien oblag, hindert das Gericht nicht, zu entscheiden. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind für die Parteien bindend. Letztere tragen die Kosten für den von ihnen benannten Schiedsrichter; die sonstigen Kosten werden von ihnen zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

ancien qui ne se trouve pas empêché et qui ne possède ni la nationalité allemande, ni la nationalité française.

6. Les dispositions qui précèdent s'appliquent, selon le cas, pour pourvoir aux sièges devenus vacants.
7. Le tribunal arbitral décide selon les règles du Droit international et, en particulier, conformément aux dispositions du présent Accord.
8. Les décisions du tribunal arbitral, tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres, l'absence ou l'abstention d'un membre dont la nomination incombait à l'une des Parties n'empêchant pas le tribunal de statuer. En cas de partage égal des voix, la voix du Président est prépondérante. Les décisions du tribunal lient les Parties. Celles-ci supportent les frais de l'arbitre qu'elles ont désigné et se partagent, à part égale, les autres frais. Sur les autres points, le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein
zwischen Weil am Rhein und Hünigen

Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
relatif à la construction d'un pont routier sur le Rhin
entre Weil am Rhein et Huningue

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
und
der Präsident der Französischen Republik —

in dem Wunsch, die Straßenverbindungen zwischen
den beiden Staaten zu verbessern,

in Anbetracht des Abkommens vom 30. Januar 1953
über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an
der deutsch-französischen Grenze —

sind übereingekommen, einen Vertrag zu schließen,
und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
Dr. Axel Herbst,
Botschafter,

Der Präsident der Französischen Republik:
Jean Marie Soutou,
Ambassadeur de France,

diese sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger
Form befundenen Vollmachten

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Vertragsgegenstand

Zwischen Weil am Rhein und Hünigen wird eine
Brücke über den Rhein auf deutschem und französischem
Hoheitsgebiet zur Verbindung der deutschen B 532 mit
dem Boulevard d'Alsace gebaut.

Artikel 2
Beschreibung des Bauwerks

Das Bauwerk bei Strom-km 171,330 (französische Kilo-
metrierung) wird eine Länge von ca. 292 m, aufgeteilt in
vier Brückenfelder, haben sowie eine Fahrbahn mit sie-
ben Meter Breite und zwei Gehwege mit je 1,50 m Breite
aufweisen.

Le Président de la République fédérale d'Allemagne
et
le Président de la République française,

Désireux d'améliorer les liaisons routières entre les
deux Etats,

Vu l'Accord du 30 janvier 1953 relatif aux ponts fixes
et aux bacs franchissant le Rhin à la frontière franco-
allemande,

Sont convenus de conclure un accord et ont désigné
à cet effet comme plénipotentiaires:

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:
M. Axel Herbst,
Ambassadeur de la République fédérale
d'Allemagne à Paris,

Le Président de la République française:
M. Jean Marie Soutou,
Ambassadeur de France,
Secrétaire Général du Ministère
des Affaires Etrangères,

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs
reconnus en bonne et due forme,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}
Objet de l'Accord

Un pont sera construit sur le Rhin entre Weil am Rhein
et Huningue sur les territoires allemand et français, aux
fins de relier la route B 532 allemande au Boulevard
d'Alsace français.

Article 2
Description de l'Ouvrage

L'ouvrage, situé au point kilométrique 171,330 du Rhin
suivant le kilométrage français, aura une longueur de
292 m. environ, répartie en 4 travées, et supportera une
chaussée d'une largeur de sept mètres ainsi que deux
trottoirs d'une largeur de 1,50 m. chacun.

Artikel 3**Bauausführung**

(1) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Ausführung des Bauwerks.

(2) Die Bauausführung umfaßt alle für die Erstellung des Bauwerks notwendigen Arbeiten einschließlich der Arbeiten an den Widerlagern und der Ausstattung. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Planung, die Ausschreibung, die Vertragsvergabe und die Bauüberwachung. Sie handelt gegenüber den Unternehmern und sonstigen Vertragspartnern im eigenen Namen. Das Bauwerk wird nach den geltenden deutschen Normen und Vorschriften berechnet und errichtet.

(3) Die Ausschreibung erfolgt gemäß den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft vom 26. Juli 1971.

(4) Jedem Vertragsstaat obliegt die Erstellung der an die Brücke anschließenden Bauwerke und Straßen auf seinem Hoheitsgebiet entsprechend dem Fortschreiten der Bauarbeiten.

Artikel 4**Kostenverteilung**

(1) Die Vertragsstaaten tragen die Kosten für die Planung, die Bauausführung und die Überwachung der in Artikel 3 vorgesehenen Arbeiten sowie die Unterhaltungskosten für den in Artikel 7 erwähnten Zeitraum von zehn Jahren zu den folgenden Bedingungen:

- Die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik tragen je zur Hälfte die Kosten für die Baustelleneinrichtung, für die Ausführung des Ueberbaus auf einer Länge von 270 m und für den Abbruch der alten und den Bau der neuen Strompfeiler;
- die Bundesrepublik Deutschland trägt allein die Kosten für den Restüberbau, für den Abbruch und den Neubau des Widerlagers auf dem rechten Ufer und für den Bau eines Landpfeilers;
- die Französische Republik trägt allein die Kosten für den Neubau eines Widerlagers auf dem linken Ufer.

(2) Der Betrag, mit dem sich die deutsche Wasser- und Schifffahrtsverwaltung wegen der Ablösung der Fähre an den Baukosten beteiligt, wird beiden Seiten zu gleichen Teilen gutgeschrieben.

(3) Bei der Aufteilung der in Absatz 1 bezeichneten Kosten ist auch die deutsche Umsatzsteuer einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer zu berücksichtigen. Sie ist von den beiden Vertragsstaaten in demselben Verhältnis wie die gesamten Kosten des Bauwerks zu tragen. Die Bundesrepublik Deutschland zahlt der Französischen Republik zu den in Artikel 6 bezeichneten Bedingungen einen Ausgleichsbetrag in Höhe der von der Französischen Republik im Rahmen der Kosten nach Absatz 1 getragenen deutschen Umsatzsteuer.

Artikel 5**Bereitstellung des für das Bauwerk und die Bauarbeiten erforderlichen Geländes**

Jeder Vertragsstaat hat auf seinem Hoheitsgebiet rechtzeitig dafür zu sorgen, daß das für den Bau der Brücke dauernd oder zeitweilig erforderliche Gelände zur Verfügung steht, und trägt die dabei anfallenden Kosten.

Article 3**Exécution des travaux**

1) La République fédérale d'Allemagne réalisera l'ouvrage.

2) Les travaux relatifs à l'ouvrage comprennent toutes les opérations nécessaires à sa réalisation, y compris les culées et les équipements. La République fédérale d'Allemagne se chargera des études, de l'appel d'offres, de l'adjudication et de la surveillance des travaux. Elle agira en son nom propre vis-à-vis des entrepreneurs et autres partenaires contractuels. L'ouvrage sera calculé et construit selon les normes et les règlements allemands en vigueur.

3) L'appel d'offres sera lancé conformément aux directives de la Communauté européenne en date du 26 juillet 1971.

4) Il incombera à chacun des Etats contractants de construire les ouvrages et les voies donnant accès au pont sur son propre territoire au fur et à mesure de la progression des travaux.

Article 4**Répartition des frais**

1) Les Etats contractants supporteront les frais afférents aux études, à l'exécution et à la surveillance des travaux prévus à l'Article 3, ainsi que les frais d'entretien, pour la période de dix ans mentionnée à l'Article 7, selon les modalités suivantes:

- La République fédérale d'Allemagne et la République française supporteront pour moitié les dépenses afférentes à l'installation du chantier, à l'exécution du tablier sur une longueur de 270 m., ainsi qu'à la démolition des piles dans le lit du fleuve et à leur reconstruction;
- La République fédérale d'Allemagne supportera seule les frais afférents au reste du tablier, à la démolition et à la reconstruction de la culée sur la rive droite, ainsi qu'à la construction d'une pile de rive;
- La République française supportera seule les frais afférents à la reconstruction de la culée sur la rive gauche.

2) Le montant représentant la participation de l'Administration allemande des Eaux et de la Navigation fluviale aux frais de construction du pont, en raison de la suppression du bac, sera porté à parts égales au crédit des deux Etats contractants.

3) Lors de la répartition des frais mentionnés au paragraphe 1 du présent article, il conviendra de tenir compte également de la taxe allemande sur le chiffre d'affaires, y compris la taxe sur le chiffre d'affaires frappant les importations. La taxe sur le chiffre d'affaires sera supportée par les deux Etats contractants dans la même proportion que la totalité des frais afférents à l'ouvrage. La République fédérale d'Allemagne versera à la République française, selon les modalités prévues à l'article 6, une indemnité compensatoire égale au montant de la taxe allemande sur le chiffre d'affaires supportée par la République française au titre des frais visés au paragraphe 1 du présent article.

Article 5**Libération des emprises de l'ouvrage et des terrains nécessaires aux travaux**

Chacun des Etats contractants veillera en temps voulu, sur son propre territoire, à ce que les terrains nécessaires à la construction du pont à titre temporaire ou définitif soient mis à sa disposition et supportera les frais correspondants.

Artikel 6**Zahlung**

(1) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Vorfinanzierung. Entsprechend dem Ablauf der Bauarbeiten stellt sie für die französische Verwaltung Abrechnungen über die von ihr getätigten und gemäß Artikel 4 zu Lasten der Regierung der Französischen Republik gehenden Ausgaben auf. Die Zahlungen sollen grundsätzlich innerhalb von drei Monaten nach Erhalt der Abrechnungen erfolgen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt der Französischen Republik den Ausgleichsbetrag gemäß Artikel 4 Absatz 3 nach den folgenden Bedingungen:

- a) innerhalb von drei Monaten nach der Abnahme des Bauwerks gemäß Artikel 7 für die deutsche Umsatzsteuer, die bis zu diesem Zeitpunkt von der Französischen Republik im Rahmen der Kosten nach Artikel 4 Absatz 1 gezahlt worden ist,
- b) innerhalb von höchstens sechs Monaten zu den von der Gemischten Kommission nach Artikel 10 gebilligten Bedingungen für die deutsche Umsatzsteuer, die von der Französischen Republik nach der Abnahme des Bauwerks gezahlt worden ist.

(3) Alle Zahlungen erfolgen in deutscher Währung.

Artikel 7**Abnahme und Unterhaltung**

(1) Nach Abschluß der Bauarbeiten wird das Bauwerk von den Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten in Anwesenheit der Unternehmer abgenommen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Unterhaltung des Bauwerks einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung für einen Zeitraum von zehn Jahren nach der Abnahme.

(3) Nach Ablauf dieser Frist wird der Teil des Bauwerks auf französischem Gebiet der französischen Verwaltung übergeben. Jeder Vertragsstaat übernimmt dann die Unterhaltung auf seinem Gebiet und stimmt die notwendigen Arbeiten mit dem anderen Vertragsstaat ab. Die zuständigen Verwaltungen können vereinbaren, daß eine von ihnen die Aufgaben des Winterdienstes, der laufenden Reinigung sowie einzelne Unterhaltungsarbeiten gegen Kostenerstattung übernimmt.

Artikel 8**Betretungsrecht**

(1) Die Bediensteten jedes Vertragsstaates sowie die anderen mit dem Bau und der Unterhaltung einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung beschäftigten Personen können zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Grenze überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle oder der Brücke aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates liegt, ohne daß sie einer nach dem Recht dieses Staates etwa erforderlichen Aufenthaltserlaubnis bedürfen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Bediensteten der Vertragsstaaten müssen einen Dienstausweis, die anderen genannten Personen einen mit Lichtbild versehenen amtlichen Ausweis mit sich führen.

(3) Die Vertragsstaaten werden Personen, die unter Verletzung dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Staates gelangt sind, jederzeit nach den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen formlos zurückübernehmen.

Article 6**Règlement des frais**

1) La République fédérale d'Allemagne assurera le pré-financement. Au fur et à mesure du déroulement des travaux elle établira pour l'Administration française des décomptes relatifs aux frais engagés par elle qui, conformément à l'article 4, sont à la charge de la République française. Le règlement de ces frais devra intervenir, en principe, dans un délai n'excédant pas trois mois à compter de la réception des décomptes.

2) La République fédérale d'Allemagne versera à la République française l'indemnité compensatoire visée à l'article 4, paragraphe 3, selon les modalités suivantes:

- a) dans un délai de trois mois à compter de la réception de l'ouvrage visée à l'article 7, pour la taxe allemande sur le chiffre d'affaires qui aura été versée jusqu'à cette date par la République française dans le cadre des frais visés à l'article 4, paragraphe 1^{er},
- b) dans un délai maximum de six mois dans les conditions approuvées par la Commission mixte visée à l'article 10, pour la taxe allemande sur le chiffre d'affaires qui aura été versée par la République française après la réception de l'ouvrage.

3) Tous les règlements seront effectués en monnaie allemande.

Article 7**Réception et entretien**

1) Après l'achèvement des travaux, les Administrations des deux Etats contractants procéderont à la réception de l'ouvrage en présence des entrepreneurs.

2) La République fédérale d'Allemagne se chargera de l'entretien de l'ouvrage et notamment du service d'hiver et du nettoyage courant pendant une période de dix ans à compter de la réception.

3) A l'expiration de ce délai, la partie de l'ouvrage située en territoire français sera remise à l'Administration française. Chacun des Etats contractants assumera ensuite l'entretien sur son propre territoire et déterminera, en accord avec l'autre Etat contractant, quels sont les travaux nécessaires. Les administrations compétentes pourront convenir que l'une d'entre elles se chargera, moyennant le remboursement des frais correspondants, d'assurer le service d'hiver, le nettoyage courant ainsi que différents travaux d'entretien.

Article 8**Droit d'accès**

1) Les agents de chacun des Etats contractants, ainsi que les autres personnes employées à la construction et à l'entretien de l'ouvrage, y compris le service d'hiver et le nettoyage courant, pourront, pour l'exécution de leurs tâches, franchir la frontière et séjourner sur la partie du chantier ou du pont située sur le territoire de l'autre Etat, sans être tenus d'obtenir le permis de séjour éventuellement requis aux termes de la législation de cet Etat.

2) Les agents des Etats contractants mentionnés au paragraphe 1 devront être porteurs d'un laissez-passer de service. Les autres personnes visées audit paragraphe devront être munies d'une pièce d'identité pourvue d'une photographie.

3) Aux termes des conventions qu'ils ont conclues, les Etats contractants reprendront en charge sans formalité, à tout moment, les personnes qui auront pénétré sur le territoire de l'autre Etat en violation du présent Accord.

Artikel 9**Steuer- und Zollbestimmungen**

(1) Während der gesamten Dauer der Bauarbeiten und bis zum Ablauf des in Artikel 7 genannten Zeitraums von zehn Jahren gelten zollrechtlich sowie hinsichtlich der indirekten Steuern einschließlich der Eingangsabgaben und hinsichtlich des Ein- und Ausfuhrrechts die Baustelle und das Bauwerk als deutsches Hoheitsgebiet, soweit es sich um Warenlieferungen, sonstige Leistungen und Einfuhren handelt, die für den Brückenbau sowie dessen Unterhaltung bestimmt sind.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland bewilligt frei von Eingangsabgaben die vorübergehende Einfuhr von Geräten, Werkzeugen und deren Ersatzteilen, die aus der Französischen Republik stammen oder sich in deren Hoheitsgebiet im freien Verkehr befinden, soweit diese für den Bau und während des Zeitraums von zehn Jahren für die Unterhaltung der Brücke notwendig sind.

(3) Während der Bauarbeiten und bis zum Ablauf des in Artikel 7 genannten Zeitraums von zehn Jahren finden für die direkte Besteuerung der Unternehmen und deren Beschäftigten die in der Anlage I zu diesem Vertrag festgelegten Regelungen Anwendung. Die Anlage ist Bestandteil dieses Vertrags.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden verständigen sich und leisten einander jede notwendige Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Regelungen der Absätze 1 bis 3. Die deutschen Beamten dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle und dem Bauwerk aufzuhalten und dort die Maßnahmen zu treffen, die in den deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Die deutschen Behörden sind jedoch nicht berechtigt, Angehörige des anderen Staates in dessen Hoheitsgebiet festzunehmen.

Artikel 10**Gemischte Kommission**

(1) Es wird eine gemischte deutsch-französische Kommission gebildet. Den Vorsitz in der Kommission führen die Delegationsleiter abwechselnd für jeweils sechs Monate. Die Beschlüsse der Kommission werden im gegenseitigen Einvernehmen gefaßt.

(2) Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- a) Festlegung des Standorts, der Maße und der Merkmale der Brücke;
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten;
- c) Prüfung des Entwurfs und des Vergabevorschlags;
- d) Billigung der Abschlagszahlungen und Zahlungsmodalitäten;
- e) Abnahme des Bauwerks;
- f) Billigung der Modalitäten der Zahlung des Ausgleichsbetrags nach Artikel 6;
- g) Feststellung des Kostenteilungsbetrags nach Maßgabe des Artikels 4;
- h) Festlegung der Bedingungen für die in Artikel 7 vorgesehene Übergabe nach Ablauf des Zeitraums von zehn Jahren;
- i) Koordinierung der Unterhaltungsmaßnahmen;
- j) Prüfung der technischen Änderungen, die sich als notwendig erweisen;
- k) Prüfung der verschiedenen Fragen, die sich aus der Anwendung dieses Vertrags ergeben.

Article 9**Dispositions fiscales et douanières**

1) Pendant toute la durée des travaux et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans prévue à l'article 7, le chantier et l'ouvrage seront considérés, du point de vue du régime douanier, des impôts indirects, notamment pour ce qui est des droits et taxes à l'importation, et de la réglementation du commerce extérieur comme territoire allemand dans la mesure où il s'agira de fournitures de marchandises, de prestations diverses et de produits importés destinés à l'exécution et à l'entretien de l'ouvrage.

2) La République fédérale d'Allemagne admettra temporairement en suspension des taxes à l'importation les matériels, outillages et leurs pièces de rechange, originaires de la République française ou qui s'y trouvent en libre pratique, nécessaires à l'exécution et, pendant la période de dix ans, à l'entretien de l'ouvrage.

3) Le régime fiscal en matière d'impôts directs applicable aux entreprises et à leurs personnels pendant la durée des travaux et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans prévue à l'article 7 est défini à l'annexe I du présent Accord. Cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

4) Les services fiscaux et douaniers compétents s'informeront réciproquement et s'apporteront mutuellement toute l'aide nécessaire pour l'application de leurs lois et règlements dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article. Les agents allemands de ces services sont habilités à stationner sur le chantier et sur l'ouvrage et à y prendre les mesures prévues par les lois et règlements allemands. Les services allemands ne sont toutefois pas habilités à appréhender des ressortissants de l'autre Etat sur le territoire de ce dernier.

Article 10**Commission mixte**

1) Il est constitué une Commission mixte franco-allemande. La présidence de la Commission sera assurée alternativement par les chefs de délégation pour une période de six mois chacun. Les décisions de la Commission seront arrêtées d'un commun accord.

2) La Commission est chargée des tâches suivantes:

- a) fixer l'emplacement, les dimensions et les caractéristiques du pont;
- b) fixer le volume des travaux communs,
- c) examiner le projet et la proposition d'adjudication,
- d) approuver les acomptes à verser et les modalités de règlement,
- e) procéder à la réception de l'ouvrage,
- f) approuver les modalités de versement de l'indemnité compensatoire visée à l'article 6,
- g) fixer le montant des frais à répartir conformément aux dispositions de l'article 4,
- h) fixer les conditions du transfert, prévu à l'article 7, qui aura lieu à l'expiration de la période de dix ans,
- i) coordonner les mesures d'entretien,
- j) étudier les modifications techniques qui s'avèreraient nécessaires,
- k) examiner les différentes questions soulevées par l'application du présent Accord.

(3) Jede Delegation kann sich von den zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

3) Chaque délégation pourra se faire présenter par les autorités compétentes de l'autre Etat contractant les documents qu'elle estime nécessaires en vue de préparer les décisions de la Commission.

Artikel 11

Meinungsverschiedenheiten

Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht auf dem Verhandlungsweg zwischen den beiden Vertragsstaaten beigelegt werden konnte, wird auf Antrag eines der Vertragsstaaten dem Schiedsgerichtsverfahren nach den in der Anlage II zu diesem Vertrag festgelegten Bedingungen unterworfen; die Anlage II ist Bestandteil dieses Vertrags.

Article 11

Différends

Tout différend qui n'aurait pu être réglé par voie de négociations entre les deux Etats contractants sera soumis à un arbitrage à la demande de l'un des Etats contractants, conformément à la procédure arrêtée à l'annexe II; cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

Artikel 12

Berlin-Klausel

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 12

Clause de Berlin

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République française dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Paris ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Article 13

Entrée en vigueur

1) Les instruments de ratification seront échangés aussi tôt que possible à Paris.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra l'échange des instruments de ratification.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.

En foi de quoi les plénipotentiaires, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Accord.

GESCHEHEN zu Paris am 17. November 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Paris le 17 novembre 1977 en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Axel Herbst

Für die Französische Republik
Pour la République française
Jean Marie Soutou

Anlage I**Direkte Steuer**

1. Die für die direkte Besteuerung der in Frankreich oder in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Unternehmen und deren Beschäftigten maßgebliche steuerliche Regelung ist in dem Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (im folgenden als Doppelbesteuerungsabkommen bezeichnet) in der jeweils geltenden Fassung festgelegt.
2. Ergänzend zu den Bestimmungen des Doppelbesteuerungsabkommens finden während der Bauausführung und bis zum Ablauf des in Artikel 7 des Vertrags genannten Zeitraums von zehn Jahren die nachfolgenden Sonderbestimmungen Anwendung.
3. Die folgenden Bestimmungen gelten nicht für die Unternehmen, die zum Zweck der Erstellung oder Instandhaltung des Bauwerks eine Baustelle für einen Zeitraum unterhalten, der die in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 7 Buchstabe gg des Doppelbesteuerungsabkommens genannte Dauer von zwölf Monaten nicht überschreitet. Auf diese Unternehmen findet das Doppelbesteuerungsabkommen uneingeschränkt Anwendung.
4. Unterhalten die an der Erstellung und Instandhaltung des Bauwerks beteiligten Unternehmen für die gesamten damit zusammenhängenden Arbeiten eine Betriebsstätte im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Unterabsatz 7 des Doppelbesteuerungsabkommens, so wird diese Betriebsstätte so behandelt, als läge sie sowohl im Hoheitsgebiet Frankreichs als auch im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die dieser Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne gelten als jeweils zur Hälfte in beiden Staaten erzielt und können in beiden Staaten nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschriften im gleichen Verhältnis besteuert werden.
5. Wird eine Betriebsstätte auf Grund der Nummer 4 dieser Anlage so behandelt, als läge sie sowohl im französischen als auch im deutschen Hoheitsgebiet, so kann das Betriebsvermögen dieser Betriebsstätte jeweils zur Hälfte in beiden Staaten nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschriften besteuert werden.
6. Bei der Festsetzung der „Taxe professionnelle“ bzw. der „Gewerbesteuer“ darf jeder der beiden Staaten die den genannten Steuern normalerweise zugrundeliegenden Elemente jeweils nur mit der Hälfte des Wertes berücksichtigen. Bei der Festsetzung der auf der Grundlage der Lohnsumme zu erhebenden Steuern darf jeder der beiden Staaten den den genannten Steuern normalerweise zugrundeliegenden Betrag nur zur Hälfte berücksichtigen. Die Bestimmung findet Anwendung
 - in der Bundesrepublik Deutschland auf
 - die Lohnsummensteuer;
 - in Frankreich auf
 - la taxe sur les salaires (Lohnsummensteuer),
 - la taxe d'apprentissage (Lehrlingsabgabe),

Annexe I**Régime fiscal en matière d'impôts directs**

1. Le régime fiscal en matière d'impôts directs, applicable aux entreprises qui sont soit des résidents de la République fédérale d'Allemagne, soit des résidents de France, ainsi qu'à leurs personnels, est défini par les dispositions de la convention signée le 21 juillet 1959 entre les deux Etats en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contribution des patentes et de contributions foncières.
2. Toutefois, pendant les travaux de construction de l'ouvrage et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans mentionnée à l'Article 7 de l'Accord, les dispositions particulières suivantes sont également applicables nonobstant les dispositions de la Convention du 21 juillet 1959.
3. Les dispositions qui suivent ne s'appliquent pas aux entreprises qui, aux fins de la réalisation ou de l'entretien de l'ouvrage, ont un chantier dont la durée n'excède pas la durée de douze mois mentionnée à l'Article 2, paragraphe 1. 7 (gg) de la Convention du 21 juillet 1959. Les dispositions de la Convention sont applicables sans restriction à ces entreprises.
4. Quand les entreprises participant à la réalisation ou à l'entretien de l'ouvrage ont, pour l'ensemble de leurs travaux de réalisation ou d'entretien dudit ouvrage, un établissement stable au sens de l'Article 2, paragraphe 1. 7 de la Convention précitée, cet établissement stable est réputé situé à la fois sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et sur celui de la France. Les bénéfices attribuables à cet établissement stable sont réputés réalisés pour moitié dans chacun des deux Etats et sont imposables dans la même proportion dans chaque Etat et selon la législation de cet Etat.
5. Quand, par application de la disposition précédente, un établissement stable est réputé situé à la fois sur le territoire allemand et sur le territoire français, le capital d'exploitation de cet établissement stable est imposable pour moitié dans chaque Etat et selon la législation de cet Etat.
6. Chacun des Etats ne peut retenir, pour établir soit la Gewerbesteuer, soit la taxe professionnelle, que la moitié de la valeur des éléments entrant normalement dans la base desdits impôts. Chacun des Etats ne peut retenir, pour établir les taxes assises sur les salaires, que la moitié du montant des salaires entrant normalement dans la base desdits impôts. Cette disposition s'applique:
 - en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
 - à la Lohnsummensteuer (taxe sur les salaires);
 - en ce qui concerne la France:
 - à la taxe sur les salaires,
 - à la taxe d'apprentissage,

- la participation des employeurs à la formation professionnelle continue (Arbeitgeberbeitrag zur beruflichen Fortbildung),
 - à la participation des employeurs à la formation professionnelle continue,
 - l'investissement obligatoire dans la construction (Zwangsinvestition im Wohnungsbau).
 - à l'investissement obligatoire dans la construction.
7. Für die Zwecke des Artikels 13 des Doppelbesteuerungsabkommens gilt die persönliche Tätigkeit, aus der die auf Grund einer nichtselbständigen Arbeit erzielten Einkünfte herrühren, als insgesamt im deutschen Hoheitsgebiet ausgeübt. Für die Zwecke des Artikels 13 Absatz 5 des Doppelbesteuerungsabkommens gilt die persönliche Tätigkeit, aus der die auf Grund einer nichtselbständigen Arbeit erzielten Einkünfte herrühren, als in dem in diesem Absatz genannten deutschen „Grenzgebiet“ ausgeübt.
7. Pour l'application des dispositions de l'article 13 de la Convention du 21 juillet 1959, l'activité personnelle, source des revenus provenant d'un travail dépendant, sera réputée exercée en totalité sur le territoire allemand. Pour l'application des dispositions du paragraphe 5 de l'article 13 précité, l'activité personnelle, source des revenus provenant d'un travail dépendant, sera réputée exercée dans la «zone frontalière» allemande mentionnée audit paragraphe 5.
8. Die zuständigen Behörden der beiden Staaten regeln alle bei der Durchführung dieser Bestimmungen auftretenden Schwierigkeiten im beiderseitigen Einvernehmen. Sie entscheiden insbesondere im beiderseitigen Einvernehmen, ob die vorstehenden Bestimmungen ggf. auf die in einem dritten Staat ansässigen Unternehmen angewandt werden sollen. Unter zuständigen Behörden sind die in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 8 des Doppelbesteuerungsabkommens genannten Behörden zu verstehen.
8. Les autorités compétentes des deux Etats se concerteront pour régler en commun, le cas échéant, toutes les difficultés d'application des dispositions qui précèdent. Elles décideront notamment d'un commun accord s'il y a lieu éventuellement d'appliquer les dispositions qui précèdent aux entreprises résidents d'un Etat tiers. On entend par autorités compétentes les autorités mentionnées à l'article 2 — 1. 8 de la Convention du 21 juillet 1959.

Anlage II**Schiedsgerichtsverfahren**

1. Sofern die Vertragsstaaten nichts anderes vereinbaren, wird das Schiedsgerichtsverfahren nach den Bestimmungen dieser Anlage durchgeführt.
2. Auf Grund eines Antrags, der von einem Vertragsstaat in Anwendung des Artikels 11 des Vertrags dem anderen Vertragsstaat zugeleitet wird, wird ein Schiedsgericht gebildet.
3. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen, wobei jede Partei einen Schiedsrichter benennt und die beiden so benannten Schiedsrichter sich auf einen dritten Schiedsrichter als Vorsitzenden einigen. Letzterer darf weder die deutsche oder französische Staatsangehörigkeit noch einen gewöhnlichen Wohnsitz im Hoheitsgebiet einer dieser Vertragsstaaten haben, sich in Diensten eines Vertragsstaats befinden oder sich mit dieser Angelegenheit in einem anderen Zusammenhang bereits befaßt haben.

Falls nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach der Bestellung des zweiten Schiedsrichters der Vorsitzende des Gerichts nicht benannt wurde, wird der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften auf Betreiben einer Partei diese Ernennung innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten vornehmen.

4. Falls innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang des Antrags eine der beiden Parteien der ihr obliegenden Ernennung eines Schiedsrichters nicht nachgekommen ist, kann die andere Partei den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften anrufen, der den Vorsitzenden innerhalb einer neuen Frist von zwei Monaten ernennt. Nach seiner Ernennung bittet der Vorsitzende des Schiedsgerichts die Partei, die keinen Schiedsrichter benannt hat, dieser Forderung innerhalb einer Frist von zwei Monaten nachzukommen. Nach Ablauf dieser Frist ruft er den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften an, der dann die Ernennung innerhalb einer neuen Frist von zwei Monaten vornimmt.
5. Falls in den Fällen der Nummern 3 und 4 der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften verhindert ist oder er die Staatsangehörigkeit einer Partei besitzt, obliegt die Ernennung des Vorsitzenden des Schiedsgerichts oder die Ernennung des Schiedsrichters dem dienstältesten Kammerpräsidenten des Gerichtshofs, der nicht verhindert ist und nicht die deutsche oder französische Staatsangehörigkeit besitzt.
6. Die vorangehenden Bestimmungen gelten von Fall zu Fall auch für die Neubesetzung offener Stellen.
7. Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach den Bestimmungen dieses Vertrags.
8. Das Schiedsgericht entscheidet sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen mit Stimmenmehrheit seiner Mitglieder; die Abwesenheit oder die Stimmenthaltung eines Mitglieds, dessen Ernennung einer der Parteien oblag, hindert das Gericht nicht, zu entscheiden. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind für die Parteien bindend. Letztere tragen die Kosten für den von ihnen benannten Schiedsrichter; die sonstigen Kosten werden von ihnen zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Annexe II**Arbitrage**

1. A moins que les Etats contractants n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est exécutée conformément aux dispositions de la présente annexe.
2. Sur requête adressée par l'un des Etats contractants à l'autre Etat contractant, en application de l'article 11 du présent Accord, il est constitué un tribunal arbitral.
3. Le tribunal arbitral est composé de trois membres — chacune des Parties au différend nomme un arbitre, les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le tiers arbitre qui assume la présidence du tribunal. Ce dernier ne doit être ni de nationalité allemande, ni de nationalité française, ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'un des Etats contractants, ni se trouver au service de l'un d'eux, ni s'être déjà occupé de l'affaire à un autre titre.

Si, au terme d'un délai de deux mois à compter de la désignation du deuxième arbitre, le Président du tribunal n'a pas été désigné, le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes procède, à la requête de l'une des Parties, dans un nouveau délai de deux mois, à cette désignation.

4. Si, dans un délai de deux mois après la réception de la requête, l'une des Parties au différend n'a pas procédé à la désignation qui lui incombe d'un membre du tribunal, l'autre Partie peut saisir le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes qui désigne le Président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation, le Président du tribunal arbitral demande à la Partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Passé ce délai, il saisit le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes qui procède à la nomination dans un nouveau délai de deux mois.
5. Si, dans les cas visés aux paragraphes 3 et 4, le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes se trouve empêché ou s'il possède la nationalité de l'une des Parties, la désignation du Président du tribunal arbitral ou la nomination de l'arbitre incombe au président de chambre de la Cour le plus ancien qui ne se trouve pas empêché et qui ne possède ni la nationalité allemande, ni la nationalité française.
6. Les dispositions qui précèdent s'appliquent, selon le cas, pour pourvoir aux sièges devenus vacants.
7. Le tribunal arbitral décide selon les règles du Droit international et, en particulier, conformément aux dispositions du présent Accord.
8. Les décisions du tribunal arbitral, tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres, l'absence ou l'abstention d'un membre dont la nomination incombait à l'une des Parties n'empêchant pas le tribunal de statuer. En cas de partage égal des voix, la voix du Président est prépondérante. Les décisions du tribunal lient les Parties. Celles-ci supportent les frais de l'arbitre qu'elles ont désigné et se partagent, à part égale, les autres frais. Sur les autres points, le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Ruanda
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 31. Mai 1979

In Kigali ist am 7. Mai 1979 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ruanda über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 5

am 7. Mai 1979

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 31. Mai 1979

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Ruanda
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Ruanda —

im Hinblick auf die Entschließung 165 (S-IX) vom 11. März 1978 des Rates der VN-Konferenz für Handel und Entwicklung, in der die Industrieländer ihre Bereitschaft erklären, die Konditionen für noch ausstehende öffentliche Entwicklungshilfekredite an ärmere Entwicklungsländer, insbesondere an am wenigsten entwickelte Länder, den heute üblichen weicheren Konditionen anzupassen oder andere gleichwertige Maßnahmen zu ergreifen,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ruanda,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Ruanda beizutragen —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es, die auf der Grundlage der in der Anlage zu diesem Abkommen aufgeführten Regierungsabkommen von der Regierung der Republik Ruanda oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam ausgewählten Darlehensnehmern mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, geschlossenen ebenfalls in der Anlage aufgeführten Darlehens- und Garantieverträge über insgesamt 33 748 214,— DM (in Worten: dreiunddreißig Millionen siebenhundertachtundvierzigtausendzweihundertvierzehn Deutsche Mark) dahingehend zu ändern, daß

- a) die der Regierung der Republik Ruanda gewährten Darlehen mit Wirkung vom 31. Dezember 1978 in Zuschüsse umgewandelt werden und damit die ab diesem Zeitpunkt fälligen Rückzahlungen und Zinsen aus diesen Darlehensverträgen erlassen werden,
- b) die ab 31. Dezember 1978 fälligen Rückzahlungen und Zinsen aus den der Ruandischen Entwicklungsbank (BRD) gewährten Darlehen nicht mehr an die Kreditanstalt für Wiederaufbau, sondern mit schuldbefreiender Wirkung in Landeswährung an die Regierung der Republik Ruanda zu leisten sind und

c) Zusageprovisionen auf nicht ausgezahlte Beträge aus diesen Darlehensverträgen ab 1. Juli 1978 nicht mehr berechnet werden.

(2) Aufgrund von Absatz 1 wird — vorbehaltlich der gemäß Artikel 3 mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträge — auf Rückzahlungen von insgesamt 32 747 214,— DM (in Worten: zweiunddreißig Millionen siebenhundertsiebenundvierzigtausendzweihundertvierzehn Deutsche Mark) zuzüglich Zinsen und Zusageprovision verzichtet.

Artikel 2

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Ruanda, anstelle der mit Regierungsabkommen vom 14. Dezember 1976 sowie vom 10. November 1977 zugesagten Darlehen im Gesamtbetrag von 70 316 863,51 DM (in Worten: siebenzig Millionen dreihundertsechzehntausendachtunddreißig 51/100 Deutsche Mark) nunmehr Finanzierungsbeiträge als Zuschüsse von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, zu erhalten.

(2) Im übrigen gelten alle Bestimmungen der in Absatz 1 genannten Regierungsabkommen sinngemäß weiter.

Artikel 3

Weitere Einzelheiten werden in gesonderten zwischen der Regierung der Republik Ruanda, dem bisherigen Darlehensnehmer, und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträgen geregelt, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 4

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Ruanda innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Kigali den 7. Mai 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Hermann Flender
Botschafter

Für die Regierung der Republik Ruanda

Ngarukiyintwali François
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
und Zusammenarbeit

Anlage

gemäß Artikel 1 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ruanda vom 7. Mai 1979 über Finanzielle Zusammenarbeit

Unter Artikel 1 fallen:

- die Regierungsabkommen vom 25. April 1964,
vom 8. April 1971,
vom 12. April 1974,
vom 26. Juli 1974,
vom 14. Dezember 1976 sowie
vom 10. November 1977
- die Darlehens- und
Garantieverträge vom 28. Oktober 1964,
vom 13. September 1966,
vom 20. November 1967,
vom 22. Februar 1974,
vom 12. Juni 1974,
vom 22. Januar 1975,
vom 27. Januar 1976,
vom 20. Mai 1976,
vom 14. September 1976,
vom 28. Dezember 1976,
vom 10. Juli 1978 sowie
vom 9. August 1978.

Bekanntmachung
des Rahmenabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Venezuela
über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit

Vom 8. Juni 1979

In Caracas ist am 16. Oktober 1978 ein Rahmenabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 12

am 28. Dezember 1978

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. Juni 1979

Der Bundesminister
für Forschung und Technologie
In Vertretung
Haunschild

Rahmenabkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Venezuela
über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Venezuela,

von dem Wunsch geleitet, die zwischen ihren Ländern bestehenden engen und freundschaftlichen Beziehungen zu stärken,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses an der Förderung der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung,

in der Erkenntnis der Vorteile, die beiden Ländern aus der engen Zusammenarbeit bei der Verfolgung dieser Ziele erwachsen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien fördern zu friedlichen Zwecken die Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und in der technologischen Entwicklung zwischen ihren beiden Ländern. Zu diesem Zwecke werden beide Vertragsparteien gemeinsam Programme und Projekte der

wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit in näher bezeichneten Gebieten von gemeinsamem Interesse erarbeiten und durchführen.

Artikel 2

Die in diesem Abkommen vorgesehene Zusammenarbeit kann in bestimmten Bereichen oder bei bestimmten Vorhaben Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien oder zwischen den von ihnen bezeichneten Stellen sein. Diese Vereinbarungen sollen die Gebiete der Zusammenarbeit, deren Bedingungen, Art und Weise der Durchführung und die Haftung aufführen, die beide Vertragsparteien dabei übernehmen.

Die Benennung der Stellen und der Gebiete der Zusammenarbeit erfolgt auf diplomatischem Wege.

Artikel 3

Die Zusammenarbeit kann umfassen:

- a) den Austausch von wissenschaftlichen und technologischen Informationen;
- b) den Austausch und die Fortbildung von Wissenschaftlern und technologischen Fachkräften;

- c) die Gestellung von consulting und fachlicher Beratung;
- d) die gemeinsame oder koordinierte Ausführung von Programmen und Projekten der Forschung und der technologischen Entwicklung;
- e) die Entsendung oder den Austausch von Ausrüstung und Material, die für die Durchführung der vereinbarten Zusammenarbeit erforderlich sind;
- f) die gemeinsame Benutzung von wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen auf der Grundlage der getroffenen erforderlichen Vereinbarungen;
- g) jegliche andere Art wissenschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit, die zwischen den Vertragsparteien oder den von ihnen bezeichneten Stellen vereinbart werden.

Artikel 4

Jede Vertragspartei wird alle Kosten übernehmen, die durch die Entsendung von Personal in das andere Land zur Durchführung der in diesem Abkommen vorgesehenen Tätigkeiten entstehen. Ausnahmsweise können anderweitige Abmachungen in den besonderen Vereinbarungen gemäß Artikel 2 getroffen werden.

Artikel 5

Der Austausch von wissenschaftlichen und technologischen Informationen kann zwischen den Vertragsparteien selbst oder zwischen den von ihnen bezeichneten Stellen erfolgen.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden, soweit es ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften zulassen, die Einfuhr des Materials und der Ausrüstungsgegenstände, die von der anderen Vertragspartei zur Erfüllung der in diesem Abkommen vorgesehenen Zusammenarbeit eingeführt werden, abgabenfrei ermöglichen.

Artikel 7

Jede Vertragspartei wird gemäß ihren jeweiligen Rechtsvorschriften die erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Ein- und Ausreise, den Aufenthalt und die Bewegungsfreiheit der Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei zu erleichtern, die zur Durchführung der Vorhaben im Rahmen dieses Abkommens und der besonderen Vereinbarung gemäß Artikel 2 tätig sind.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden, soweit es ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften zulassen, den Fachkräften, Wissenschaftlern und anderen Personen, die in Erfüllung dieses Abkommens und auf der Grundlage der getroffenen

besonderen Vereinbarung gemäß Artikel 2 tätig sind, die Ein- und Ausfuhr der zu ihrem persönlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände, ihres Hausrats, sowie die zeitlich begrenzte abgabenfreie Einfuhr eines Kraftfahrzeuges zum privaten Gebrauch ermöglichen.

Artikel 9

(1) Eine Kommission aus Vertretern beider Vertragsparteien wird zur Koordinierung, Beratung, Bewertung und Entwicklung der Zusammenarbeit gebildet, um die Durchführung dieses Abkommens zu sichern. Ihr Zusammensetzen wird im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

(2) Gemischte Arbeitsgruppen können für die in den besonderen Vereinbarungen nach Artikel 2 festgelegten Sachgebiete gebildet werden.

(3) Die Kommission und die gemischten Arbeitsgruppen werden durch je einen Vertreter beider Vertragsparteien geleitet und setzen sich zusammen aus den Angehörigen der Institutionen, die dem jeweiligen Sachgebiet zugehören.

(4) Die gemischten Arbeitsgruppen legen ihre Berichte über den Fortschritt und die Ergebnisse der Arbeiten der Kommission zur Koordination, Beratung und Auswertung vor.

Artikel 10

Die Vertragsparteien legen etwaige Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens in gemeinsamem Einvernehmen bei.

Artikel 11

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Republik Venezuela innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 12

(1) Jede Vertragspartei notifiziert der anderen das Vorliegen der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens. Das Abkommen tritt mit dem Datum der späteren Notifizierung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren und verlängert sich danach jeweils um ein Jahr, es sei denn, daß es mit einer Frist von sechs Monaten von einer der Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird.

(3) Die Kündigung berührt nicht die besonderen Vereinbarungen nach Artikel 2 sowie die in Durchführung befindlichen Programme und Projekte, es sei denn, daß die Vertragsparteien etwas anderes vereinbaren.

Geschehen zu Caracas am sechzehnten Oktober neunzehnhundertachtundsiebzig, in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Hauff
Redies

Für die Regierung der Republik Venezuela

Consalvi

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Haager Übereinkommens
über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke
im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 21. Juni 1979

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 1977 zu dem Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen und zu dem Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452) wird bekanntgemacht, daß das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 26. Juni 1979 in Kraft treten wird. Die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik Deutschland ist am 27. April 1979 bei dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande hinterlegt worden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärungen abgegeben:

„1. Zustellungsanträge sind an die Zentrale Behörde des Landes zu richten, in dem der jeweilige Antrag erledigt werden soll. Zentrale Behörde gemäß Artikel 2, 18 Abs. 3 des Übereinkommens ist für

Baden-Württemberg	das Justizministerium Baden-Württemberg D-7000 Stuttgart
Bayern	das Bayerische Staats- ministerium der Justiz D-8000 München
Berlin	der Senator für Justiz D-1000 Berlin
Bremen	der Präsident des Landgerichts Bremen D-2800 Bremen
Hamburg	der Präsident des Amtsgerichts Hamburg D-2000 Hamburg
Hessen	der Hessische Minister der Justiz D-6200 Wiesbaden
Niedersachsen	der Niedersächsische Minister der Justiz D-3000 Hannover

Nordrhein-Westfalen	der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen D-4000 Düsseldorf
Rheinland-Pfalz	das Ministerium der Justiz D-6500 Mainz
Saarland	der Minister für Rechtspflege D-6600 Saarbrücken
Schleswig-Holstein	der Justizminister des Landes Schleswig-Holstein D-2300 Kiel.

Die Zentralen Behörden sind befugt, Zustellungsanträge unmittelbar durch die Post erledigen zu lassen, wenn die Voraussetzungen für eine Zustellung gemäß Artikel 5 Abs. 1 Buchstabe a des Übereinkommens erfüllt sind. In diesem Fall händigt die jeweils zuständige Zentrale Behörde das zu übergebende Schriftstück der Post zur Zustellung aus. Im übrigen ist für die Erledigung von Zustellungsanträgen das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Zustellung vorzunehmen ist. Die Zustellung wird durch die Geschäftsstelle des Amtsgerichts bewirkt.

Eine förmliche Zustellung (Artikel 5 Abs. 1 des Übereinkommens) ist nur zulässig, wenn das zuzustellende Schriftstück in deutscher Sprache abgefaßt oder in diese Sprache übersetzt ist.

2. Das Zustellungszeugnis (Artikel 6 Abs. 1, 2 des Übereinkommens) erteilt die Zentrale Behörde, wenn sie den Zustellungsantrag selbst unmittelbar durch die Post hat erledigen lassen, im übrigen die Geschäftsstelle des Amtsgerichts.
3. Für die Entgegennahme von Zustellungsanträgen, die von einem ausländischen Konsul innerhalb der Bundesrepublik Deutschland übermittelt werden (Artikel 9 Abs. 1 des Übereinkommens), sind die Zentrale Behörde des Landes, in dem die Zustellung bewirkt werden soll, und die Stellen zuständig, die gemäß § 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 1958 zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 über den Zivilprozeß zur Entgegennahme von Anträgen des Konsuls eines ausländischen Staates zuständig sind. Nach diesem Gesetz ist hierfür der Präsident des Landgerichts zuständig, in dessen Bezirk die Zustellung bewirkt werden soll; an seine Stelle tritt der Präsident des Amtsgerichts, wenn der Zustellungsantrag in dem Bezirk des Amtsgerichts erledigt werden soll, das seiner Dienstaufsicht untersteht.
4. Gemäß Artikel 21 Abs. 2 Buchstabe a des Übereinkommens widerspricht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Benutzung der in den Artikeln 8 und 10 des Übereinkommens vorgesehenen Über-

mittlungswege. Eine Zustellung durch diplomatische oder konsularische Vertreter (Artikel 8 des Übereinkommens) ist daher nur zulässig, wenn das Schriftstück einem Angehörigen des Absendestaates zuzustellen ist. Eine Zustellung nach Artikel 10 des Übereinkommens findet nicht statt."

Der Geltungsbereich des Übereinkommens sowie die von den anderen Vertragsparteien abgegebenen Erklärungen zu diesem Übereinkommen werden zu einem späteren Zeitpunkt im Bundesgesetzblatt Teil II bekanntgegeben.

Bonn, den 21. Juni 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen
Vom 21. Juni 1979

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 1977 zu dem Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen und zu dem Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452) wird bekanntgemacht, daß das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen nach seinem Artikel 38 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 26. Juni 1979 in Kraft treten wird. Die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik Deutschland ist am 27. April 1979 bei dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande hinterlegt worden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärungen abgegeben:

„A. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gibt folgende Erklärungen nach Artikel 33 Abs. 1 des Übereinkommens vom 18. März 1970 ab:

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt den in Artikel 33 Abs. 1 Satz 1 des Übereinkommens gegen die Anwendung des Artikels 4 Abs. 2 des Übereinkommens vorgesehenen Vorbehalt. Rechtshilfeersuchen, die nach Kapitel I des Übereinkommens zu erledigen sind, müssen gemäß Artikel 4 Abs. 1, 5 des Übereinkommens in deutscher Sprache abgefaßt oder von einer Übersetzung in diese Sprache begleitet sein.

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt gemäß der in Artikel 33 Abs. 1 Satz 1 des Übereinkommens vorgesehenen Möglichkeit, einen Vorbehalt gegen die Anwendung der Bestimmungen des Kapitels II des

Übereinkommens einzulegen, daß in ihrem Hoheitsgebiet eine Beweisaufnahme durch diplomatische oder konsularische Vertreter unzulässig ist, wenn sie deutsche Staatsangehörige betrifft.

B. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gibt folgende Erklärungen nach Artikel 35 des Übereinkommens vom 18. März 1970 ab:

1. Für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Amtshandlung vorzunehmen ist.

Rechtshilfeersuchen sind an die Zentrale Behörde des Landes zu richten, in dem das jeweilige Ersuchen erledigt werden soll. Zentrale Behörde nach Artikel 2, 24 Abs. 2 des Übereinkommens ist für

Baden-Württemberg das Justizministerium
Baden-Württemberg
D-7000 Stuttgart

Bayern das Bayerische Staatsministerium der Justiz
D-8000 München

Berlin der Senator für Justiz
D-1000 Berlin

Bremen der Präsident des Landgerichts Bremen
D-2800 Bremen

Hamburg der Präsident des Amtsgerichts Hamburg
D-2000 Hamburg

Hessen der Hessische Minister der Justiz
D-6200 Wiesbaden

- | | |
|---------------------|--|
| Niedersachsen | der Niedersächsische
Minister der Justiz
D-3000 Hannover |
| Nordrhein-Westfalen | der Justizminister
des Landes
Nordrhein-Westfalen
D-4000 Düsseldorf |
| Rheinland-Pfalz | das Ministerium der
Justiz
D-6500 Mainz |
| Saarland | der Minister für
Rechtspflege
D-6600 Saarbrücken |
| Schleswig-Holstein | der Justizminister
des Landes
Schleswig-Holstein
D-2300 Kiel. |
2. Gemäß Artikel 8 des Übereinkommens wird erklärt, daß Mitglieder des ersuchenden Gerichts eines anderen Vertragsstaats bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens durch das Amtsgericht anwesend sein können, wenn die Zentrale Behörde des Landes, in dem das Ersuchen erledigt werden soll, hierfür die vorherige Genehmigung erteilt hat.
3. Betrifft eine Beweisaufnahme durch diplomatische oder konsularische Vertreter gemäß Artikel 16 Abs. 1 des Übereinkommens Angehörige eines dritten Staates oder Staatenlose, so ist sie nur

zulässig, wenn die Zentrale Behörde des Landes, in dem die Beweisaufnahme durchgeführt werden soll, sie genehmigt hat. Eine Genehmigung ist gemäß Artikel 16 Abs. 2 des Übereinkommens nicht erforderlich, wenn der Angehörige eines dritten Staates zugleich die Staatsangehörigkeit des Staates des ersuchenden Gerichts besitzt.

4. Ein Beauftragter des ersuchenden Gerichts darf eine Beweisaufnahme nach Artikel 17 des Übereinkommens nur durchführen, wenn die Zentrale Behörde des Landes, in dem die Beweisaufnahme durchgeführt werden soll, sie genehmigt hat. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden werden. Das Amtsgericht, in dessen Bezirk Amtshandlungen auf Grund eines Rechtshilfeersuchens in derselben Angelegenheit vorzunehmen wären, ist befugt, die Vorbereitung und die Durchführung der Beweisaufnahme zu überwachen. Ein Mitglied dieses Gerichts kann gemäß Artikel 19 Satz 2 des Übereinkommens an der Beweisaufnahme teilnehmen.
5. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt gemäß Artikel 23 des Übereinkommens, daß in ihrem Hoheitsgebiet Rechtshilfeersuchen nicht erledigt werden, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des ‚Common Law‘ unter der Bezeichnung ‚pretrial discovery of documents‘ bekannt ist.“

Der Geltungsbereich des Übereinkommens sowie die von den anderen Vertragsparteien abgegebenen Erklärungen zu diesem Übereinkommen werden zu einem späteren Zeitpunkt im Bundesgesetzblatt Teil II bekanntgegeben.

Bonn, den 21. Juni 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Protokolle
über Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt
Vom 21. Juni 1979

Das Protokoll vom 14. Juni 1954 über eine Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 — Artikel 45 — (BGBl. 1959 II S. 69) ist nach seinem drittletzten Absatz in Kraft getreten für

Gambia	am 25. Januar 1978
Korea (Demokratische Volksrepublik)	am 27. Juni 1978
Venezuela	am 3. Februar 1978

Das Protokoll vom 14. Juni 1954 über einige Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 — Artikel 48 Buchstabe a, Artikel 49 Buchstabe e und Artikel 61 — (BGBl. 1959 II S. 69) ist nach seinem drittletzten Absatz in Kraft getreten für

Gambia	am 25. Januar 1978
Korea (Demokratische Volksrepublik)	am 27. Juni 1978

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Februar 1978 (BGBl. II S. 242).

Bonn, den 21. Juni 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Protokolls vom 23. März 1973
zur weiteren Verlängerung des Internationalen Olivenöl-Übereinkommens von 1963
mit Änderungen des Übereinkommens

Vom 22. Juni 1979

Nach Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. September 1978 zum Protokoll vom 23. März 1973 zur weiteren Verlängerung des Internationalen Olivenöl-Übereinkommens von 1963 mit Änderungen des Übereinkommens (BGBl. 1978 II S. 1157) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Protokoll nach seinem Artikel 9 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 27. Dezember 1978
in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik Deutschland ist am 27. Dezember 1978 beim Spanischen Außenministerium hinterlegt worden.

Das Protokoll ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Ägypten	am 31. Januar 1975
Algerien	am 14. Februar 1975
Belgien	am 14. Oktober 1975

mit folgender Erklärung:

(Übersetzung)

«Me référant à la signature de ce Protocole par la Belgique au nom du Grand-Duché de Luxembourg apposée conformément à l'article 31 de la Convention coordonnée instituant l'Union économique belgo-luxembourgeoise, je déclare que l'instrument de ratification vaut également pour le Luxembourg.»

„Unter Hinweis auf die Unterzeichnung dieses Protokolls durch Belgien im Namen des Großherzogtums Luxemburg, die in Übereinstimmung mit Art. 31 des Koordinierungsabkommens zur Errichtung der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion erfolgt ist, erkläre ich, daß die Ratifikationsurkunde auch für Luxemburg gültig ist.“

Dänemark	am 6. März 1978
Dominikanische Republik	am 31. Januar 1975
Frankreich	am 31. Januar 1975
Griechenland	am 31. Januar 1975
Irland	am 7. Februar 1978
Israel	am 31. Januar 1975
Italien	am 24. April 1979
Jugoslawien	am 31. Januar 1975
Libyen	am 17. Februar 1976
Luxemburg	am 14. Oktober 1975
Marokko	am 27. April 1976

mit folgendem Vorbehalt:

(Übersetzung)

«En cas de litige, tout recours devant la Cour Internationale de Justice doit se faire sur la base d'un consentement de toutes les parties intéressées.»

„Streitigkeiten werden dem Internationalen Gerichtshof nur im Einvernehmen aller Beteiligten vorgelegt.“

Niederlande

am 22. April 1978

mit folgender Erklärung:

(Übersetzung)

„The Government of the Kingdom of the Netherlands will provisionally apply the Olive Oil Agreement as amended by the Protocol as from the first of January 1978 in respect of the part of the Kingdom situated in Europe.“

„Die Regierung des Königreichs der Niederlande wird das Olivenöl-Übereinkommen in seiner durch das Protokoll geänderten Fassung vom 1. Januar 1978 an auf den in Europa gelegenen Teil des Königreichs vorläufig anwenden.“

Panama	am 31. Januar 1975
Portugal	am 31. Januar 1975
Spanien	am 31. Januar 1975
Syrien	am 31. Januar 1975
Vereinigtes Königreich	am 31. Januar 1975
Tunesien	am 31. Januar 1975
Türkei	am 31. Januar 1975

Es wird vorläufig angewendet von

der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	ab 1. Januar 1978
Libanon	ab 16. Dezember 1974

Bonn, den 22. Juni 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Verordnung und der Vereinbarung
über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung
in Zügen während der Fahrt auf der Strecke Kleve–Arnheim

Vom 25. Juni 1979

Auf Grund des § 3 Abs. 3 der Verordnung vom 20. Februar 1979 über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt auf der Strecke Kleve–Arnheim (BGBl. 1979 II S. 265) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem § 3 Abs. 1

am 1. Juni 1979

in Kraft getreten ist.

Am gleichen Tag ist auf Grund des Notenwechsels vom 29. Mai 1979 die Vereinbarung vom 29. November 1978/15. Januar 1979 über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt auf der Strecke Kleve–Arnheim (BGBl. 1979 II S. 266) in Kraft getreten.

Bonn, den 25. Juni 1979

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins
Vom 26. Juni 1979

Die nachstehend bezeichneten Verträge des Weltpostvereins vom 5. Juli 1974 nebst Schlußprotokollen (BGBl. 1975 II S. 1513),

1. das Zweite Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins,
2. die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins,
3. der Weltpostvertrag,
4. das Wertbriefabkommen,
5. das Postpaketabkommen,
6. das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen,
7. das Postscheckabkommen,
8. das Postnachnahmeabkommen,
9. das Postauftragsabkommen,
10. das Postsparkassenabkommen,
11. das Postzeitungsabkommen,

sind für folgende Staaten in Kraft getreten:

Athiopien	am	4. April 1979	1—3, 5
Botsuana	am	1. November 1977	1—3, 5
Brasilien	am	3. April 1979	1—3
	am	7. Februar 1979	4—5,
Kongo	am	29. Mai 1978	1
Paraguay	am	12. März 1979	1
Peru	am	4. Mai 1979	1—3, 5
Uruguay	am	22. Januar 1979	1
	am	4. Oktober 1978	2—11
Vereinigte Arabische Emirate	am	13. Februar 1979	1—5

Die Satzung des Weltpostvereins vom 10. Juli 1964 (BGBl. 1965 II S. 1633) ist in Kraft getreten für:

Paraguay	am	12. März 1979
Uruguay	am	22. Januar 1979

Das Zusatzprotokoll vom 14. November 1969 zur Satzung des Weltpostvereins (BGBl. 1971 II S. 245) ist in Kraft getreten für:

Botsuana	am	22. Januar 1979
Kongo	am	9. September 1976
Paraguay	am	12. März 1979
Türkei	am	6. Juli 1978
Uruguay	am	22. Januar 1979

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. März 1979 (BGBl. II S. 341).

Bonn, den 26. Juni 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
 Im Auftrag
 Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife**

Vom 2. Juli 1979

Das Abkommen vom 15. Dezember 1950 über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife in der Fassung des Berichtigungsprotokolls vom 1. Juli 1955 (BGBl. 1952 II S. 1; 1960 II S. 470), geändert durch Empfehlung des Rates vom 16. Juni 1960 (BGBl. 1964 II S. 1234), ist mit seiner Anlage, dem Zolltarifschema, zuletzt geändert durch Empfehlung des Rates vom 18. Juni 1976 (BGBl. 1978 II S. 1331), nach Artikel XIII und XVI des Abkommens und Artikel 5 Buchstabe C des Berichtigungsprotokolls für

Malaysia	am 30. Juni 1979
Senegal	am 16. Januar 1979

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Dezember 1978 (BGBl. 1979 II S. 13).

Bonn, den 2. Juli 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolttarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,90 DM (2,40 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,40 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1978 — Format DIN A 4 — Umfang 316 Seiten

Die Neuauflage 1978 weist folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

- a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,
 - b) (von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Verträgen mit der DDR abgesehen) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und II sowie im Bundesanzeiger verkündeten,
- soweit sie noch gültig sind.

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1978 — Format DIN A 4 — Umfang 460 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die — soweit ersichtlich — noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgegeben vom Bundesminister der Justiz

Einzelstücke können zum Preis von 22,50 DM zuzüglich 2,00 DM Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.